

■ Aktuell

Koalitionsvereinbarungen zum S- und U-Bahn-Bau gefährdet

aus SIGNAL 08/1989 (September 1989), Seite 5-6 (Artikel-Nr: 10001179)
IGEB

Die von der IGEB begrüßten Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und AL enthalten zum S- und U-Bahn-Ausbau eindeutige Aussagen: "Vordringliches Ausbauziel ist die Wiederinbetriebnahme des S-Bahn-Ringes ..., verknüpft mit der Inbetriebnahme der Radialstrecke[n] nach Lichterfelde Süd ... [und] Rathaus Spandau." Daneben soll die U-Bahn-Linie 9 bis 1996 zum oberirdischen Endbahnhof Lankwitz verlängert werden.

In jüngster Zeit haben sich nun mehrere SPD-Politiker, darunter auch Senatoren, für die baldige Verlängerung der U-Bahn-Linie 8 ins Märkische Viertel hinein ausgesprochen. Eine solche ca. 300 Mio. DM teure Maßnahme würde zwangsläufig zu einer Verschleppung der anderen Baumaßnahmen und damit zur Aushöhlung der Koalitionsvereinbarung führen.

Außerdem muß daran erinnert werden, daß für die U8 noch immer keine Untersuchung nach dem sogenannten "standardisierten Bewertungsverfahren" durchgeführt wurde. Dieses bundeseinheitliche Verfahren ist das derzeit fortschrittlichste zur Ermittlung des Nutzens einer Bahnstrecke im Verhältnis zu den Investitionskosten. Nach übereinstimmender Einschätzung der Fachleute liegen die für die Wiederherstellung der S-Bahn-Strecken und die für den Bau der U9 errechneten Werte mit Sicherheit über den zu erwartenden Werten für die U8-Verlängerung ins Märkische Viertel.

Die IGEB fordert deshalb: - Die in den Koalitionsvereinbarungen festgelegten und sachlich richtigen Ausbau-Prioritäten dürfen nicht unterlaufen werden. Über das "Ob» und das "Wann» einer Verlängerung der U8 ins Märkische Viertel darf erst entschieden werden, - wenn die Ergebnisse der standardisierten Bewertung vorliegen, um so zuverlässige Vergleichsmöglichkeiten zu den anderen Strecken zu erhalten, und wenn preiswertere und möglicherweise verkehrlich attraktivere Maßnahmen untersucht worden sind, zu denen beispielsweise auch eine Erschließung des Märkischen Viertels per Straßenbahn gehören kann.

Der Senat hat die Einführung einiger Busspuren verschoben, um Zeit für sorgfältige Planung und Abstimmung zu gewinnen. Wenn er nun gleichzeitig ohne jede Untersuchung und unter Aufgabe der Koalitionsvereinbarung eine umstrittene U-Bahn-Verlängerung vorziehen sollte, würde er Glaubwürdigkeit verspielen.

Dieser Artikel mit allen Bildern online:
<http://signalarchiv.de/Meldungen/10001179>.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten



Gesehen am S-Bf. Witzleben. Diesem Wunsch wollte der SPD/AL-Senat ursprünglich auch Rechnung tragen. Doch nun soll der umstrittene U-Bahn-Bau ins Märkische Viertel vorgezogen werden, entgegen offizieller Bekundungen natürlich zu Lasten der S-Bahn-Wiederinbetriebnahme, vor allem der Strecke nach Spandau/Staaken. (Foto: T. Staack)